

# Bildung. Weiter denken!

## Leitantrag



Mit dem Ziel einer grundsätzlichen Positionsbestimmung diskutierten die Delegierten bildungspolitisch aktuell relevante und einigten sich mit großer Mehrheit auf den Beschluss eines Leitantrags in der vorliegenden Fassung.

### **Kindertageseinrichtungen**

Arbeitsverdichtung, ein unzureichender Personalschlüssel, zu wenig Zeit für pädagogische Arbeit sowie zu wenige Möglichkeiten für Fortbildung und Kooperation im Team erschweren die Arbeit der Fachkräfte in den Einrichtungen.

Um gute Qualität frühkindlicher Bildung gewährleisten zu können, müssen folgende Voraussetzungen geschaffen werden:

### **Bundes-Kita-Qualitätsgesetz**

Das Kita-Qualitätsgesetz soll einen Beitrag dazu leisten, bundesweit vergleichbare Lebensverhältnisse für Kinder zu schaffen. Viele Studien belegen, dass in der frühen Kindheit die Weichen für eine erfolgreiche Bildungsbiographie gestellt werden. Die GEW fordert dringend ein bundesweites Kita-Qualitätsgesetz, das hohe Mindeststandards sichert, die gewährleisten, dass es nicht mehr dem geographischen Zufall überlassen wird, in welchem Umfang ein Kind Förderung in seiner Entwicklung erfährt.

# Thema: Gewerkschaftstag 2016

---

Die Mindeststandards umfassen:

- die Fachkraft-Kind-Relation (Alter bis 3:3 Kinder pro Fachkraft, Ü3: 7,5 Kinder pro Fachkraft),
- eine Berücksichtigung sowohl der Ausfallzeiten als auch der Verfügungszeiten bei der Personalbemessung (mind. 25%),
- die Freistellung der Leitungskräfte (grundsätzlich 20 Wochenstunden und rechnerisch 3,5 Stunden pro Fachkraft),
- die Fachberatung (1 Vollzeitkraft für max. 150 Mitarbeiter\_innen),
- die kontinuierliche Qualifizierung der Fachkräfte durch ein garantiertes Recht auf Fort- und Weiterbildung und die Bereitstellung entsprechender Angebote,
- die Anerkennung mittelbarer pädagogischer Arbeitszeit,
- die Festschreibung bezahlter Vor- und Nachbereitungszeit,
- die auf den zusätzlichen Bedarf (z.B. Inklusion) bezogene Festschreibung ergänzen der Fachkräfte zur Ermöglichung multiprofessioneller Teams.

Nach dem erfolgreichen quantitativen Ausbau der Kitas wird immer deutlicher, dass es in den Einrichtungen erhebliche Qualitätsunterschiede gibt. Durch diese Mindeststandards kann die Qualität in den Kitas strukturell verbessert werden.

## Beitragsfreiheit

Die GEW fordert die Beitragsfreiheit in der frühkindlichen Bildung. Als ersten Schritt zu diesem Ziel empfehlen wir die Ausweitung der schon bestehenden Regelungen bezüglich der Beitragsstaffelung im letzten Kindergartenjahr auf die gesamte Zeit der frühkindlichen Bildung in Kindertagesstätten. So werden zum einen die Vereinbarkeit von Schule und Beruf und zum anderen die möglichst frühe Teilhabe aller Kinder an frühkindlicher Bildung gefördert.

## Für ein besseres Ego

Das 2015 erzielte Tarifiergebnis im Bereich Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) bei der Eingruppierung stellt einen ersten Schritt in die richtige Richtung dar. Die GEW fordert die Höhergruppierung für alle Beschäftigten im SuE-Bereich für die nächste Tarifrunde 2020/2021.

Dringend notwendig ist auch eine tarifvertraglich abgesicherte Eingruppierung der Leitungen der sozialpädagogischen Bereiche an Ganztagschulen. Diese sollen wie Leitungen von Kindertagesstätten eingruppiert werden.

## Allgemeinbildende Schulen

### Ausbau des Ganztags

Grundsätzlich fordert die GEW den weiteren Ausbau der gebundenen Ganztagschule

Um den weiteren Ausbau des gebundenen Ganztags zu verstärken, fordert die GEW die Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Platz an einer gebundenen Ganztagschule. Dadurch soll der durch fehlende Angebote in einigen Regionen des Saarlands faktische „Zwangshalbtag“ durch ein echtes Wahlrecht abgelöst werden.

Außerdem fordert die GEW die Refinanzierung der Personalkosten für die Schulsozialarbeit durch die Landesregierung. Dadurch wird die Gründung von gebundenen Ganztagschulen für Schulträger attraktiver.

### Arbeitszeit

Während die Arbeitszeit im Öffentlichen Dienst im Laufe der Jahre reduziert wurde, ist die Arbeitszeit der Lehrkräfte durch die Erhöhung der Pflichtstundenzahl im Jahr 2003 bei gleichzeitiger Zunahme außerunterrichtlicher Aufgaben gestiegen. Die erfolgte Rücknahme der Pflichtstundenerhöhung im Bereich der Grundschulen muss daher auf alle Schulformen ausgedehnt werden. Zudem schlägt die GEW als Einstieg in ein neues Arbeitszeitmodell die Einführung einer Systemzeit von 2 Pflichtstunden zur Erledigung außerunterrichtlicher Aufgaben vor.

### Schulleitungen an Grundschulen

Die GEW fordert, dass mehr Grundschulen eine Konrektor\_innenstelle erhalten. Ein/e Schulleiter/in kann die immens gestiegenen Führungs- und Verwaltungsaufgaben nicht mehr alleine bewältigen. Diese müssen auf mehrere Schultern verteilt werden.

In einem ersten Schritt schlägt die GEW vor, alle gebundenen Ganztagsgrundschulen, und alle Grundschulen mit einer Dependence sowie alle Grundschulen mit besonders starken Belastungen (z.B. hohe Anzahl von Flüchtlings- und Zuwandererkindern) zeitnah mit einer

# Thema: Gewerkschaftstag 2016

---

Konrektor\_innenstelle auszustatten. Die Landesregierung ist gefordert, die dafür notwendigen Änderungen im Besoldungsgesetz zügig vorzunehmen. Die bisherige Regelung, die Zahl der Schüler\_innen als alleinige Messlatte für die Zuweisungen von Konrektor\_innenstellen zu nehmen, geht an der Schulwirklichkeit vorbei. Zusätzlich zu den neuen Funktionsstellen von Konrektor\_innen fordert die GEW eine Erhöhung der Anrechnungs- bzw. Deputatstunden für Schulleitungen und deren Stellvertreter\_innen auf das Niveau der anderen Schulformen.

Da immer mehr Schulleitungsstellen an Grundschulen unbesetzt bleiben, sind diese Schritte unumgänglich, wenn man die Attraktivität für diese verantwortungsvolle Aufgabe nicht schnellstmöglich steigert.

## E/A13 als unterste Eingruppierung bei Lehrer\_innen

Sowohl quantitativ als auch qualitativ sind Ausbildung und berufliche Tätigkeit der Grundschullehrer\_innen und der Lehrkräfte im Sekundarbereich I gleichwertig. Zudem stellt die niedrigere Eingruppierung der Lehrer\_innen im Primarbereich eine mittelbare Geschlechterdiskriminierung dar. Lehrer\_innen, die im Sekundarbereich I unterrichten, aber bisher in E11/A 12 eingruppiert sind, müssen die Möglichkeit des Aufstiegs erhalten.

## Legio

Die jetzige Fassung des Tarifvertrages zur Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte ist für die GEW nicht akzeptabel. Die GEW wird diesen Tarifvertrag nur dann unterzeichnen können, wenn es substantielle Verbesserungen im Hinblick auf die Paralleltabelle und bei den Eingruppierungen geben wird.

## Inklusion

Um die inklusive Schule in die Richtung der von der UN-BRK geforderten Anforderungen zu entwickeln, muss die inklusive Schule mit multiprofessionellen Teams ausgestattet werden. Dazu gehört eine systemische Grundversorgung mit Regelschullehrkräften und Sonderpädagog\_innen und eine Vertretungsreserve, sowie eine ausreichende Schulsozialarbeit, Sprachförderlehrkräfte, Heilpädagog\_innen, Therapeut\_innen, Pflegekräfte und Schülerelementar\_innen).

Inklusion braucht ebenso eine ausreichende räumliche und sächliche Ausstattung. Ebenso benötigt sie Systemzeit für die kooperative Arbeit (z.B. Schulentwicklung, Förderplanung, Coaching und Beratung) aller an der Inklusion Beteiligten. Inklusion

braucht Evaluation, um Hinweise für Qualitätsverbesserungen zu erhalten.

Die doppelte Struktur von inklusive Schule und Regelschule soll überwunden werden.

## Personalisierung

Die GEW begrüßt die Schaffung neuer Lehrer\_innenstellen als Konsequenz zu den durch Zuwanderung und Geburtenzunahme gestiegenen Schüler\_innenzahlen. Diesen Kurs muss die Landesregierung beibehalten.

Des Weiteren setzt sich die GEW dafür ein, dass die Landesregierung die Personalisierung der Schulen an einen Sozialindex knüpft, so dass Schulen mit größeren pädagogischen Herausforderungen (sogenannte belastete Schulen) eine höhere Personalzuweisung erhalten.

Für den Primarbereich ist es dringend notwendig, die Attraktivität der Profession zu steigern, da schon jetzt und in den nächsten Jahren ein dramatischer Mangel an ausgebildeten Grundschullehrkräften herrscht, beziehungsweise herrschen wird. In diesem Zusammenhang fordert die GEW die Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung. Des Weiteren sind eine angemessene Ausstattung mit Schulverwaltungskräften und eine angemessene Ausstattung mit Schulleitungszeit unbedingt zu fordern.

## Ausbau Oberstufen an Gemeinschaftsschulen

Die GEW begrüßt die kontinuierliche Personalisierung der Gemeinschaftsschulen mit Lehrkräften mit Lehrbefähigung für die Sekundarstufe I und II.

Für die Leitung der neuen Oberstufenverbände fordert die GEW die Angleichung an die Struktur und an die Besoldung der Oberstufenleitungen an Gymnasien (1 Abteilungsleiter\_in Oberstufe und 2 Stellvertreter\_innen), um die Koordination der einzelnen Standorte zu gewährleisten.

## Oberstufenreform

Die von der Landesregierung beabsichtigte Reform der Gymnasialen Oberstufe verfolgt die Ziele Stärkung der MINT-Fächer und Ausweitung der Wahlmöglichkeiten im Hinblick auf Spezialisierung. Die GEW begrüßt dies als ersten Schritt der Fortentwicklung der Gymnasialen Oberstufe.

Grundsätzlich setzt sich die GEW für eine Flexibilisierung der Gymnasialen Oberstufe ein. Sie soll 2-4 Jahre dauern, wobei die Sekundarstufe I in allen Schulformen den Schuljahrgang 10 umfasst. Das



# Thema: Gewerkschaftstag 2016

---

## Gymnasium zukunftsfähig machen

Auch am Gymnasium ist eine zunehmende Heterogenität der Schülerschaft festzustellen. Dies kann auch als Chance verstanden werden, erfordert allerdings mehr Individualisierung und Eingehen auf unterschiedliche Interessen, Lernvoraussetzungen und kulturelle Unterschiede. Das begonnene Projekt für Individuelle Lernbegleitung (Profil) ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die GEW fordert eine zügige Ausweitung auf alle Gymnasien.

## **Berufliche Schulen**

### Oberstufenverbände

Die GEW fordert eine allgemeine Stärkung der Beruflichen Schulen, indem die Bedeutung des beruflichen Profils dieser verschiedenen Schulformen für die individuellen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler herausgestellt wird. Auch das berufliche Gymnasium, das sich als Alternative zum Gymnasium bewährt hat, gehört zu diesen Schulformen. In diesem Zusammenhang vertritt die GEW die Auffassung, dass diejenigen Oberstufenverbände, die an einem BBZ als Standort angesiedelt sind, auch die Möglichkeit haben müssen, berufliche Profilmächer anbieten zu können.

Der Lehrkräfteeinsatz muss so gestaltet sein, dass es nicht zu unzumutbaren Fahrzeiten durch häufigen Wechsel des Einsatzortes kommt. Die Lehrer\_innengesundheit darf nicht durch „Lehrer\_innentourismus“ gefährdet werden.

### Übergang schule-Berufliche Bildung

Die Kooperation mit den allgemeinbildenden Schulen sollte institutionalisiert werden, damit die Übergänge nicht als „Brüche“ erlebt werden.

### Inklusion

Für den Erfolg inklusiver Unterrichtung muss die Arbeit in multiprofessionellen Teams gestärkt werden. Dazu sind zum einen der Einsatz von Sonderpädagog\_innen und der Ausbau der Schulsozialarbeit dringend nötig. Zum anderen muss sie durch Lehrer\_innenfortbildungen unterstützt werden

### Höhergruppierung der Lehrwerkmeister\_innen

Für die Gruppe der Lehrwerkmeisterinnen und Lehrwerkmeister fordern wir die Bereitstellung von Fortbildungen, um den Aufstieg in eine höhere Entgeltgruppe zu ermöglichen.

## **Hochschule**

### Finanzierung

Die GEW-Saarland setzt sich insbesondere gegenüber der Landesregierung für eine Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen ein. Vor allem sollen künftige Tarifsteigerungen nicht

weiter zu Lasten der Grundfinanzierungen der Hochschulen gehen, sondern vom Land übernommen werden. Der Bund muss sich stärker als bisher an den Hochschulen engagieren. Dazu muss der Hochschulpakt ausgebaut werden. Insbesondere sind Mittel zum Ausbau und zur Erhaltung der Infrastruktur, vor allem der Gebäude bereit zu stellen.

### Beschäftigungsbedingungen und Mitbestimmung

Die GEW-Saarland setzt sich weiterhin gegenüber der Landesregierung, dem Parlament und der Hochschulleitungen für eine Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen ein. Die Karrieremöglichkeiten im Hochschul- und Wissenschaftsbereich müssen dringend entsprechend der im Templiner Manifest der GEW formulierten Ziele verbessert werden.

Die GEW-Saarland unterstützt strukturell und politisch die Gründung von Personal- und Betriebsräten für bisher nicht vertretenes Personal wie etwa in Aninstituten oder wissenschaftsnahen Gesellschaften und Instituten und für wissenschaftliche bzw. studentische Hilfskräfte. Dazu gehört auch die flächendeckende Etablierung von Tarifverträgen im Wissenschaftsbereich.

### Verzahnung zwischen Hochschule und Schule

Die GEW-Saarland fordert eine stärkere Verzahnung zwischen Hochschulen und Schulen zur Berücksichtigung der fachlichen Anforderungen an Studienanfängerinnen und Studienanfänger für einen erfolgreichen Studienstart. Die GEW sieht dabei die Angliederung des Hochschul- und Wissenschaftsressorts an das gleiche Ministerium, dem auch die Schulen zugeordnet sind, als notwendigen und sinnvollen Schritt. Eine zentrale Aufgabe der Hochschulen ist und bleibt die Ausbildung der Landeskinder und die Bereitstellung eines entsprechend breiten Fächerangebotes.

### Zivilklauseln

Die GEW unterstützt die Hochschulen bei der Erarbeitung von Zivilklauseln.

## **Weiterbildung**

Die Weiterbildung gehört im Saarland zu den Bereichen, die seit Jahrzehnten unterfinanziert sind. Mindestens 1 % der Bildungsausgaben in den Länderhaushalten sollten für Weiterbildung vorgesehen werden. Damit können die Angebote erhöht werden und tarifvertragliche Vergütungen für die Beschäftigten im Weiterbildungsbereich gesichert werden. Die Mittel für die Weiterbildung, die im Doppelhaushalt 2016/17 vorgesehen sind, müssten daher um den Faktor 3 gesteigert werden.

# Thema: Gewerkschaftstag 2016

---

## Integrationskurse

Die GEW fordert die Festanstellung der Integrationskurslehrer\_innen mit einer Vergütung, die sich am TVöD 11 orientiert. Sie plädiert für eine Unterrichtsverpflichtung von 26 Wochenstunden oder alternativ das Angebot eines Honorarvertrags mit einem dieser Einstufung entsprechenden Honorar von 54 Euro. Die ohne Zusatzqualifikation zugelassenen Lehrkräfte müssen eine kostenfreie und zumutbare Qualifizierung erhalten.

## Kooperationsverbot aufheben

Der Bund kann Länder und Kommunen bei der Sanierung, Modernisierung und dem Neubau von Schulen und Hochschulen entlasten. Wenn in Klassenräumen der Putz von den Wänden fällt oder die Schülerinnen, Schüler und Studierenden den Gang zur Toilette scheuen, leidet auch der Lernprozess. Für Ganztags- und Inklusion brauchen die Bildungseinrichtungen darüber hinaus andere Lernräume als etwa im Schulalltag vergangener Jahrzehnte. Der Bund kann mit einem Sanierungs- und Modernisierungsprogramm unmittelbar dazu beitragen, die Lehr- und Lernqualität zu verbessern. Im Gegenzug müssen sich die Länder verpflichten, mehr Personal einzustellen und die Bezahlung der Pädagoginnen und Pädagogen strukturell zu verbessern. Darüber hinaus muss der Bund den Ausbau der Schulsozialarbeit dauerhaft fördern. Wir brauchen einen Schlüssel von einem Sozialarbeiter auf 150 Schülerinnen und Schüler.

Wir fordern die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass das Kooperationsverbot im Bereich der Bildung aufgehoben wird.

**(red.)**

Foto: Matthias Römer